

ropa im Verhältnis Kirche–Welt. Es ist der *wachsende Sinn für die Solidarität mit der „Dritten Welt“*.

Das bedeutet, daß man den Armen aus den Ländern an der Peripherie versteht und sich genauso um ihn kümmert wie um den Armen aus Europa; wenn Europa dazu beigetragen hat und immer noch dazu beiträgt, den Armen in der Dritten Welt hervorzubringen, muß und kann es auch auf seine Weise dazu beitragen, ihn zu befreien.

Für die „Dritte Welt“ ist die „Erste Welt“ ein unmittelbarer Bezugspunkt; schließlich hängt sie ja von ihr ab. Auf der anderen Seite wird die „Erste Welt“ niemals ein Bewußtsein ihrer wahren Identität erlangen (nämlich die Welt des privilegierten Zentrums zu sein), wenn sie nicht die armen Länder in ihr Selbstverständnis einbezieht.

Man könnte außerdem über den *positiven Beitrag der Kirche in den großen sozialen Bewegungen* sprechen, die heute Europa erschüttern, wie die Friedensbewegung, die ökologische Bewegung und die Bewegung für die Frauenemanzipation. Aber wir wollen es beim bisher Gesagten bewenden lassen.

Die Diskussion über die „Theologie der Befreiung“, die auf Weltebene durch die Intervention der höchsten kirchlichen Autorität (vielleicht gegen deren Intention) in Gang gekommen ist, bedeutet den Anfang einer neuen Ära in den Beziehungen zwischen der Kirche des Nordens und der Kirche des Südens. Darin bin ich mir sicher. „Die Karavellen kehren zurück“ (Balducci). Lateinamerika (und das gilt für die gesamte „Dritte Welt“) hat schon damit begonnen, Europa all das zurückzuerstatten, was es von ihm bekommen hat, wie es Pius XII. vorausgesehen hatte.

In diesem Sinn sind wir dabei, die eindimensionalen und Abhängigkeit hervorrufenden Beziehungen zwischen

dem Norden und dem Süden in der Kirche zu überwinden. Vor allem müssen wir darauf bedacht sein, Beziehungen einer authentischen Gemeinschaft (die mit Gegenseitigkeit zu tun hat) herzustellen, also Beziehungen in beiden Richtungen, in denen man nicht nur theologische Ideen, sondern auch pastorale Erfahrungen und Personal miteinander teilt. Dazu braucht es die Schaffung von Kanälen, die die Kontakte und jeden Austausch in der Kirche regeln (wie die Idee, „Schwesterkirchen“ zu schaffen, Partnerschaften usw.).

In diesen Zeilen habe ich Dir meine allgemeinen, manchmal vielleicht etwas oberflächlichen Gedanken über den Weg der Kirche in Europa mitgeteilt. Laß mich auch Dein Urteil wissen, um der gegenseitigen Bereicherung willen.

Ich glaube, daß die Bewegung nach vorne, der Übergang vom Winter zum Frühling in der Kirche unaufhaltsam ist, trotz der augenscheinlichen Versuche, sie aufzuhalten. Aber diese grundlegende Unumkehrbarkeit des kirchlichen Prozesses findet ihre Garantie in der „Meridionalisierung der Kirche“ (Giancarlo Zizola), durch die der vorwärts drängende Anstoß der Kirche aus der Peripherie immer mehr auf die ganze Kirche übergreift und seine Garantie in der zunehmenden Einbettung der Kirche im Prozeß der Befreiung der Unterdrückten findet, einem geschichtlichen Prozeß, der die ganze Kirche betreffen und mitreißen muß.

Alles deutet darauf hin, daß wir hier von einem Krieg sprechen können, in dem Gott selber am Werk ist, um an eine Passage aus der Apostelgeschichte zu erinnern (5, 39). Die Pläne Gottes sind unwiderruflich (Römer 11, 19). Und darauf gründet sich unsere unbesiegbare Hoffnung.

Im Geist dieser Gewißheit herzliche Grüße. *Clodovis Boff*

Asynchrone Töne

Ökumenische Ausländertagung in München

Es gibt Kongresse, von denen man nicht recht weiß, wozu sie stattfinden. Irgendwann einmal taten sich Organisationen zusammen, stellten einen Veranstaltungsbedarf fest, erkannten die Notwendigkeit, *gemeinsam* etwas zu tun, sei es, weil man es der Sache oder einfach sich selbst und der Öffentlichkeit schuldig war. Aber natürlich kann so etwas nicht kurzfristig stattfinden, sondern erst nach Jahren, und bedarf gründlicher Vorbereitung. Wenn der Termin da ist, die Veranstalter sich auch schon gegenseitig ihre ersten Blessuren beigebracht hatten, aber der Kongreß dennoch endlich über die Bühne gehen kann, haben sich Zeit und Umstände verändert, die einen bezweifeln den Nutzen, die anderen zumindest die Notwendigkeit des Unternehmens, wieder andere suchen ihn aus der Gunst oder Ungunst des Augenblicks heraus politisch zu nutzen. Ein wenig war dieser Eindruck auch im Vorfeld der vom

21. bis 23. Februar gemeinsam vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken und vom Evangelischen Kirchentag in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Landeskirche in Bayern und dem Erzbistum München in München veranstalteten „Ökumenischen Arbeitstagung Ausländer und Deutsche. Miteinander leben – heute und morgen“ entstanden. Nicht, daß es in der Ausländerfrage, von der in München von ausländischer Seite – zugespitzt, aber nicht gänzlich falsch – gesagt wurde, sie sei in erster Linie ein Problem der deutschen Bevölkerung, gegenwärtig keinen dringenden Handlungsbedarf gerade der Kirchen gäbe. Manche ausländischen und deutschen Teilnehmer meinten, die Probleme der Ausländer seien in den 80er Jahren, genauer seit dem Aufkommen von Massenarbeitslosigkeit und der damit einsetzenden wenig freundlichen Ausländerpolitik für nicht wenige Ausländer wegen ihres

mehr denn je *ungesicherten rechtlichen Status*, geradezu unerträglich geworden. Und natürlich sind gerade die Kirchen aufgerufen, insgesamt und speziell in dieser Situation ihre Anwaltsfunktion zugunsten der in der Bundesrepublik lebenden und arbeitenden Ausländer wahrzunehmen und neben ausländerfeindlichen Tendenzen in der deutschen Bevölkerung auch eine Politik in die Schranken zu weisen, die Ausländerpolitik in erster Linie als Teil konjunkturunterwerfener Beschäftigungspolitik versteht, um eine mögliche Reduzierung des Ausländeranteils aus beschäftigungspolitischen und anderen Gründen bemüht ist und dabei – vor allem auf dem Wege von Verordnungen – menschenrechtliche Belange von Ausländern weniger genau im Auge behält.

Aber die brisante *Asylantenfrage* hatte man – sicher zu Recht, weil sonst eine sachliche Diskussion der eigentlichen Ausländerfrage kaum möglich gewesen wäre – von vornherein ausgeklammert. Und die *Ausländerpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung* und der verschiedenen Landesregierungen wurde von den Veranstaltern selbst keineswegs einheitlich beurteilt. Überdies bestand die Schwierigkeit, auf einem solchen Kongreß nicht nur „Betreuer“ ausländischer Arbeitnehmer – Lehrer, Geistliche, Sozialarbeiter – also hauptsächlich Deutsche und Ausländer, die auf diese oder jene Weise in der Ausländerarbeit tätig sind – gelegentlich war von Edel- und Nobelausländern die Rede –, sondern vor allem solche zu versammeln, die die Probleme am eigenen Leibe erfahren und existentiell zu verarbeiten gezwungen sind. Dies scheiterte, abgesehen davon, daß es gar nicht versucht wurde, schon an den begrenzten Artikulationsmöglichkeiten. Jedenfalls haben sich die Veranstalter von vornherein auf Deutsche und auf deutsch artikulationsfähige ausländische „Multiplikatoren“ beschränkt. Dies rückte den Kongreß von vornherein in eine ganz bestimmte Optik. Denn ein Multiplikatorenkongreß mit durchwegs mittel- und kleinbürgerlichem Zuschnitt ist etwas anderes als ein Treffen mit Unterschichtausländern, um deren Probleme es doch in erster Linie geht.

Ein provozierender ZdK-Präsident

Noch die einleitende Pressekonferenz begann zähflüssig. Die Veranstalter, Sprecher des Evangelischen Kirchentages und des Zentralkomitees, hatten einige Mühe, eine präzise Thematik zu nennen. Der ZdK-Vorsitzende, *Hans Maier*, behalf sich mit dem Hinweis, man wolle „Menschen zusammenführen, die helfen sollen, das Nebeneinander in den Beziehungen von Ausländern und Deutschen zu durchbrechen“ und einen „Dialog mit allen wichtigen Gruppen und Einrichtungen unserer Gesellschaft zu eröffnen und unsere ausländischen Mitbürger daran unmittelbar zu beteiligen“. Im übrigen aber könne ein solcher Kongreß nicht bis ins letzte programmiert werden; man lasse sich selbst überraschen.

Als die Tagung dann – eröffnet durch ein *gemeinsames Abendessen* im Pschorrkeller auf der Theresienhöhe – be-

gann, zeigte sich bald, daß die Veranstaltung trotz aller ihr innewohnenden Begrenzungen langweilig oder gar überflüssig nicht war. Für die erste Überraschung sorgte der die Tagung eröffnende ZdK-Präsident selbst. Er gab eine Darstellung der Problematik, wie man sie in den wesentlichen Grundzügen aus dem ZdK kennt und wie sie von politisch der Bundesregierung nahestehenden Katholiken in manchen Punkten zu erwarten ist. Man hatte aber nicht erwartet, daß gewisse Standpunkte gerade bei dieser Gelegenheit und in direkter Auseinandersetzung mit den ausländischen Teilnehmern und dem perspektivisch anders orientierten evangelischen Mitveranstalter so pointiert vertreten werden würden. Maier fand – womit er gewiß nicht unrecht hatte – das Hauptproblem im Verhältnis Ausländer – Deutsche und „die Hauptursache der Vorurteile, Ängste und Unsicherheiten, die das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern belasten“, in einem „Defizit an menschlicher Begegnung“.

Er mahnte aber nicht nur entschieden, der Weg zueinander sei keine Einbahnstraße, beide müßten aufeinanderzugehen, und man solle sich keine Illusionen machen, die Probleme würden erst noch zunehmen, wenn man wirklich einander näherkomme. Und er – Maier – halte trotz Auswüchsen gegen Ausländer, „die leider manchmal vorkommen“, die Neigung mancher Zeitgenossen für übertrieben, diese „zu Symptomen genereller Ausländerfeindlichkeit oder gar eines versteckten Rassismus hochzustilisieren“. Er zitierte einen nach langer Zeit aus Asien und England zurückgekehrten deutschen Journalisten, der meinte, deutsche Horrormeldungen über Fremdenhaß hätten etwas mit „deutscher Problemsucht“ zu tun, denn er habe hier nach Monaten noch kaum Zeichen von Fremdenfeindlichkeit erlebt, während doch in Londoner U-Bahnen ausländerfeindliche Parolen gang und gäbe seien. Und mindestens zweimal machte Maier geltend: die Bundesrepublik habe eines der liberalsten *Ausländerrechte*.

Polemik mit Zwischentönen

Damit provozierte der ZdK-Präsident, der mehr als jeder andere fast während der ganzen Tagung Ziel von Anfragen und Einwänden war, heftigen Widerspruch, der gelegentlich bis zu persönlichen Vorwürfen reichte. Noch nie ist Hans Maier auf einer öffentlichen Veranstaltung so offen auf seine Doppelfunktion als ZdK-Präsident und CSU-Politiker angesprochen worden. Ein Ausländer, der Erinnerung nach ein Türke, meinte gar, bei der Abfassung seines Einführungsreferats habe dem ZdK-Präsidenten „Ihr Parteifreund Zimmermann“ oder einer von dessen Geisterschreibern die Feder geführt, so regierungs- und so wenig ausländerfreundlich sei dieses ausgefallen.

Hörte man freilich genauer auf *Zwischentöne*, so wurde nicht rundweg alles bestritten, was Maier vorgetragen hatte. Natürlich nahm man ihm nicht ab, was er zum bundesdeutschen Ausländerrecht gesagt hatte. Wer selbst mit Ausländerbehörden in Konflikt kommt oder Ausländer in einem solchen Konflikt zu vertreten hat, erhält naturge-

maß andere Einblicke in die Wirkungen des Ausländerrechts auf den bzw. für den einzelnen, als sie der Politiker im Überflug empfindet. Abgesehen davon, daß es immer schwer ist, pauschale Feststellungen über den Liberalitätsgehalt einer Gesetzgebung zu belegen oder zu widerlegen, ist das deutsche Ausländerrecht jedenfalls in Fragen der *Familienzusammenführung* und auch was den Aufenthaltsstatus von Ausländern betrifft, so liberal nicht.

Der öfters wiederholte und zuletzt auch im sehr politisch gehaltenen Schlußwort des gegenwärtigen Präsidenten des Evangelischen Kirchentags, Prof. *Wolfgang Huber*, aufgetauchte Vorwurf, der Nachzug von Ehegatten sei in der Bundesrepublik in der Regel an Fristen gebunden, die hierzulande als Nachweis für die Ehezerüttung und damit als Scheidungsgrund gelten (drei Jahre), war zwar eine polemische Zuspitzung, aber selbst als solche nicht aus der Welt zu schaffen. Mindestens das französische Recht ist in diesem Punkte liberaler: Als man dort ähnlich wie in der Bundesrepublik Fristen setzen wollte, wurde dies durch das oberste französische Verwaltungsgericht unterbunden. Der auch in München wiederholte Streit über den *Nachzug oder Nichtnachzug von 16- bis 18jährigen* Kindern wirkt schon wegen der minimalen Ausbildungs- und Berufsaussichten dieser Jahrgänge eher künstlich, aber gerade weil die Zahl der dafür in Betracht kommenden so groß nicht ist, wirken diesbezügliche restriktive Regelungen nicht liberal, sondern kleinlich. Im übrigen konnten aus- und inländische Diskussionspartner an Hand alltäglicher, auch in der Presse immer wieder zu lesender Beispiele darauf hinweisen, selbst wenn das mit der relativen Liberalität für die Gesetzgebung zutrefte, so sei diese längst nach Ländern unterschiedlich durch zahlreiche Ministerialerlasse *verordnungsmäßig* ausgehöhlt. Auf einen nüchternen und vermutlich zutreffenden Nenner brachte die Situation der Leiter der Kroatenseelsorge in der Bundesrepublik: Das geltende Rechtsinstrumentarium der Bundesrepublik Deutschland in der Ausländerpolitik sei unzureichend, um das Recht der ausländischen Familie, ihren Aufenthaltsort frei zu bestimmen, zu schützen und zu garantieren, und das gleiche gelte für jeden einzelnen Ausländer. Damit wolle er nicht sagen, daß es in anderen Ländern um die Ausländer besser bestellt sei; nein, es gehe schlimmer als in Deutschland zu. Die rechtliche und tatsächliche Unsicherheit sei sehr viel größer geworden, seitdem es erklärtes Ziel der Politik sei, den Ausländeranteil in der Bundesrepublik nicht nur aus beschäftigungspolitischen, sondern auch aus ethnischen Gründen abzubauen.

Schüren Politiker Ausländerfeindlichkeit?

Als Beleg für die erstere Behauptung wurde eine reißerisch aufgemachte Wahlanzeige der Frankfurter CDU („Frankfurts Ausländerproblem liegt in Ihrer Hand“) mit Bild von OB Walter Wallmann in Frankfurter Boulevardzeitungen herumgereicht. Die Wahlen zeigen zwar ein Musterbeispiel dafür, wie Politiker glauben, primitive Stimmungen sich zunutze machen zu müssen, weil sie

meinen, es handle sich um eine Grundstimmung, die sich in Stimmen ummünzen lasse, obwohl solche Strömungen oft erst durch Politisierung zu gefährlichen Grundstimmungen werden. Als Hans Maier am Rande des Plenums mit dieser Frage konfrontiert wurde, meinte auch er, nachdenklich geworden, daran könne etwas sein.

Auch bezüglich des Vorwurfs *wachsender Ausländerfeindlichkeit* gab es Zwischentöne. Mehr als ausländerfeindliche Parolen, wie „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ oder „Ausländer überfremden uns“ beunruhige die Ausländer, so der gleiche Leiter der Kroatenseelsorge, die gesetzliche und soziale Unsicherheit, mit der sie hier leben müßten. Und mehrere Diskussionsteilnehmer wollten gar festgestellt haben, nicht so sehr die Bevölkerung sei fremdenfeindlich, sondern die Politiker schürten Fremdenfeindlichkeit und die Ausländerbehörden würden immer mehr statt zu Behörden *für* Ausländer zu Behörden *gegen* Ausländer.

Was die Ausländerbehörden betrifft, wurde das Gespräch leider allein schon von der Konstruktion der Tagung her einseitig. Politiker fehlten, außer der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, *Liselotte Funcke*, und der Berliner Ausländerbeauftragten, *Barbara John*, fast ganz. Und Behördenvertreter ließen sich ebenfalls nicht blicken oder auf keine Diskussion ein. Ein einziger Verwaltungsrichter war da, und dieser kam vom Bundesverfassungsgericht. Wohl gerade deswegen konzentrierte sich die politische Debatte, assistiert von den darüber nicht sonderlich zufriedenen Vertretern des Evangelischen Kirchentages im Podium, die Hans Maier prozedural in Schutz nehmen mußten, wo sie in der Sache ganz anders dachten und dies auch kundtaten, so sehr auf den ZdK-Präsidenten und bayerischen Kultusminister.

Dieser aber ließ nicht locker: er bestreite entschieden, daß Ausländerfeindlichkeit „ein Grundzug der Gesellschaft“ in der Bundesrepublik oder daß die Mehrheit der Bevölkerung davon infiziert sei. Und: „Prüfen Sie sich selbst! Fremdheit wird zunächst als Abwehr wahrgenommen.“ Insofern sei das Zusammenleben zwischen unterschiedlichen Bevölkerungen oder zwischen Mehrheits- und Minderheitenbevölkerung nirgends leicht. Und: Kein Staat könne darauf verzichten, die Zuwanderung von Ausländern zu regulieren, was natürlich trotz der geforderten „Rechtsgleichheit“ (u. a. vom ehemaligen Diakoniepräsidenten *Theodor Schober*) niemand bestritt. Vermutlich weil er in diesen Punkten unnachgiebig blieb, konnte er das Publikum mit Leistungsnachweisen aus bayerischer Sicht erst recht nicht für sich gewinnen: 1100 ausländische Lehrer in Bayern, nicht über die Konsulate, sondern in Regie des Kultusministeriums für muttersprachliche Klassen eingestellt, das sei doch etwas. Immerhin müßten in schwieriger Beschäftigungslage ebenso viele einheimische Lehrkräfte auf diesem Wege auf eine Anstellung verzichten.

Diese bayerische Leistungsschau wollte so manchem Teilnehmer erst recht nicht einleuchten. Als aber von türkischen Gesprächspartnern am Samstagmorgen darüber

noch einmal eine lange Debatte entfacht wurde und die Nützlichkeit der Einrichtung von muttersprachlichen Klassen wegen der schlechten Berufsaussichten der sie besuchenden Kinder grundsätzlich angezweifelt wurde, sprangen türkische wie deutsche Lehrer dem Kultusminister bei: In den Regelklassen seien sprachlich benachteiligte Ausländerkinder noch mehr überfordert. Kirchentagspräsident Wolfgang Huber forderte zum Schluß dennoch – durch pädagogische Argumente nicht ganz abgedeckt –: „besondere Ausländerklassen sind grundsätzlich auszuschließen“.

Die Probleme nicht neu und die Bundesrepublik kein Einzelfall

Die Plenumsreferate waren durchwegs plakativ, gespickt mit Forderungen, aber insgesamt wenig praxisnah; die handfesteren Anregungen kamen aus den Arbeitskreisen. Mit zwei Ausnahmen vielleicht: Der französische Jesuit *Jean Weydert*, heute CERAS/Paris, früher Leiter des katholischen Verbindungsbüros zu den europäischen Institutionen in Straßburg und Brüssel, führte das Thema Ausländer aus der deutschen Provinzialität etwas heraus und stellte die Probleme auf europäischer Ebene dar, ohne den speziellen deutschen Hintergrund zu übersehen oder zu verfehlen. Er verdeutlichte, daß die Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern, wie sie in den letzten 30 Jahren erfolgte, weder ein geschichtlich einmaliger Vorgang ist noch gegenwärtig auf die Süd-Nord-Wanderung in Europa beschränkt bleibt. Länder wie Italien und Spanien, die lange nur *Auswandererländer* waren, erleben gegenwärtig eine beträchtliche Einwanderung vor allem aus nordafrikanischen, Italien auch aus asiatischen Ländern.

Weydert zeigte auch deutlicher als andere auf, was in europäischen Ländern ausländische Arbeitnehmer mit den anderen benachteiligten Schichten in der Bevölkerung gemeinsam haben und was sie *dennoch* von ihnen unterscheidet: mangelnde Sprachkenntnisse, zusätzlich Probleme in Schule und Berufsausbildung, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und teilweise auch bezüglich des Arbeitsplatzes. (Übrigens zeigte sich auch in der Diskussion, daß gerade viele Ausländer unter den Teilnehmern bemüht waren, deren Probleme nicht isoliert, sondern in Zusammenhang mit der einheimischen Unterschicht, z. B. der Arbeitslosenbevölkerung, zu sehen.) Leider ging das Referat Weyderts am Eröffnungsabend in der Diskussion, in der Auseinandersetzung um die Ausführungen Hans Maiers völlig unter.

Die zweite Ausnahme: der Bericht der spanischen Sozialarbeiterin *María Asunción Ordoqui* (Reutlingen), die sehr realitätsnah die Schwierigkeiten – manche von ihnen dürften bei den Türkinnen wegen des viel ausgeprägteren kulturellen und religiösen Fremdheitserlebnisses noch sehr viel schärfer hervortreten – schilderte, die spanische Frauen im Wechsel von Sozialgefüge und dem Kulturkontext ihrer Heimat in unsere Berufs- und Arbeitsgesellschaft mit sich selbst, ihren Ehemännern und den in

Deutschland heranwachsenden, den Müttern (und den Vätern) bald überlegenen Kindern haben; oft würden die ausländischen Frauen diese Schwierigkeiten „durch eine noch stärkere Betonung der ihnen vertrauten Erziehungsformen zu kompensieren (suchen)“.

Die ärgsten Mißstände kamen zu kurz

Nimmt man die Plenumsreferate, die Diskussionen dort und das Ergebnis aus den in mehreren Untergruppen diskutierenden fünf Arbeitskreisen anhand der im Plenum erstatteten Berichte und eigenen fragmentarischen Zuhörens zusammen, so standen weit voran Forderungen nach *mehr rechtlicher Sicherheit*. „Verfestigung des rechtlichen Status“ hieß das. Gemeint waren damit: „Liberalisierung des Familiennachzugs“, Gewährung des Daueraufenthaltes nach fünf Jahren bzw. einer Aufenthaltsberechtigung nach acht Jahren, Erleichterung der Einbürgerung bei gleichzeitiger Ermöglichung doppelter Staatsangehörigkeit, Gewährung des kommunalen Wahlrechts und vor allem eine befriedigendere, die ausländischen Arbeitnehmer in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit weniger verunsichernde rechtliche Regelung der Voraussetzungen für eine Ausweisung: die Ausweisung von Ausländern, nur weil sie auf Arbeitslosen- oder auf Sozialhilfe angewiesen seien, müsse gesetzlich ausgeschlossen sein.

Mit beträchtlichem Abstand folgten auf dem zweiten Rang Religions-, Bildungs- und Kulturfragen. Hier fehlte es nicht an umstrittenen großen Worten: *Einwanderungsland* (zum wievielten Mal hörte man, die Bundesrepublik sei kein „klassisches“, aber trotz des Rückgangs des Ausländeranteils um einige Hunderttausend in den letzten Jahren auf gegenwärtig 4,36 Millionen de facto Einwanderungsland und werde es bleiben), multiethnische, multi-religiöse und vor allem „*multikulturelle Gesellschaft*“. Aber niemand verstand es, mit der nötigen Prägnanz aufzuzeigen, was das ist, eine multikulturelle Gesellschaft, und wie so etwas zustande kommt. Sosehr sich die Bevölkerungen mischen, selbst die USA sind, obwohl sie von der Gründungsphase an die besten Voraussetzungen dafür hatten, *keine* multikulturelle Gesellschaft geworden; die angelsächsische Grundprägung, so schwer sie sich damit tut, große Minderheiten – Farbige und Hispanics – in sich zu integrieren, bleibt. Selbstverständlich ist Deutschland noch lange *keine* multikulturelle Gesellschaft, nur weil es mehr oder weniger geschlossene Ausländersiedlungen gibt, da und dort in Schulklassen oder Kindergärten die Ausländerkinder die Mehrheit stellen und Gastronomie und Folklore ausländischer Herkunft sich mit deutscher mischen und diese bereichern, weil türkische, kroatische, griechische oder spanische Kulturzentren oder über die ausländischen Missionen christliche ausländische Gemeinden entstehen.

Viel wurde auch gewarnt vor *Assimilationsdruck* und doch zugleich eingestanden, daß spätestens die dritte Ausländergeneration so deutsch sein wird wie die vielen Koschniks, Novotnys und Mischniks aus früheren Einwan-

derergenerationen heute. Ganz zu Unrecht kamen gegenüber den rechtlichen, politischen und kulturellen Fragen die *sozialen Probleme*, die ausländischen Arbeitnehmern am meisten zu schaffen machen und wo sie auch am meisten Opfer latenter oder offener Ausländerfeindlichkeit sind, zu kurz. Z.B. wurde die Wohnungsproblematik zwar mehrfach angesprochen, aber in keiner Weise thematisiert, wie sie es verdient hätte. Gelegentlich wucherte auch ein typisch bürgerlich-deutsches Hilfe-Ethos allzu üppig: man müsse sich im Zusammenhang mit den Ausländern auch mehr um Übersetzung von deren Literaturen und umgekehrt deutscher Literatur ins Türkische, Griechische usw. kümmern: für einen schon sehr eingedeutschten Gymnasiasten sicher ein hilfreicher Aspekt, aber ein türkischer und griechischer Fach- oder Hilfsarbeiter liest vermutlich so viel Literatur nicht, daß er über den gängigen literarischen Übersetzungsmarkt hinaus nach Hilfe ruft. Ihm bei Schwierigkeiten seiner Kinder in der Schule ein wenig beistehen oder ihm einen Behörden-gang abnehmen oder ihn dabei begleiten wären näherliegende Hilfsmöglichkeiten. Eine Teilnehmerin meinte, die (deutschen Christen) müßten einem Muslim helfen, hier seine muslimische Identität zu finden. Ein gewiß gut gemeinter, aber beide Seiten überfordernder Vorsatz.

Eine scheinbar unüberwindliche Grenze

Einmal hat es in München geheißt: Solange nur „bürgerliche“ Deutsche sich um das Zusammenleben mit den Ausländern kümmerten, die einheimische Arbeiterbevölke-

rung aber wegbleibe, könne das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern nicht gedeihen. Genau über diese Grenze ist auch die Münchner Tagung nicht hinausgekommen. Sowohl bei den deutschen wie bei den ausländischen Teilnehmern (das Verhältnis war etwa 60:40) herrschte das helfende (bürgerliche) Element gegenüber den unmittelbar Betroffenen, die nicht einfach durch Helfer, die auch ihre eigenen Interessen und Perspektiven vertreten, ersetzbar sind, vor.

Im übrigen zogen die beiden kirchlichen Veranstalter nicht am gleichen Strang. Die evangelische Seite machte sich fast alle rechtlichen und politischen Forderungen trotz Abschmettern jeglicher Resolution zu eigen – gelegentlich auch ein wenig unbesehen. Das ZdK, von seinem Führungs- und Funktionärspersonal her regierungskonformer, hielt sich auffallend zurück. Obwohl die ganze Tagung sehr auf Einübung im Zusammenleben angelegt und dafür neben den gemeinsamen Mahlzeiten und Begegnungen mit Familien und in Ausländerzentren auch der – die Muslime aktiv einbeziehend – religiöse Rahmen eine Hilfe und für manchen vielleicht auch ein Neuheits-erlebnis war, war Gemeinsamkeit in den Sachfragen und in der Art, an sie heranzugehen, schon innerchristlich alles eher als leicht. Am Schluß nach der pointierten „Gegenrede“ von Wolfgang Huber im Verhältnis zur Position Maiers gab es lange Gesichter: „Sie als ‚Außenstehender‘ wissen gar nicht, wie schwierig Ökumene ist.“ Gerade deswegen sollten sich die ungleichen ökumenischen Partner nicht nur in der Ausländerfrage weiter zusammenraufen.

David Seeber

Repolitisierung der Sicherheitsfrage

Ein Ost-West-Kolloquium in Tutzing

In ihren neueren Friedensverlautbarungen haben die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz übereinstimmend gefordert, die Probleme des Friedens nicht nur unter militärischen Gesichtspunkten zu diskutieren. Wie die erforderliche „Wiedergewinnung der politischen Perspektive“ (Friedensdenkschrift der EKD) vonstatten gehen kann, zeigte das „III. Internationale Tutzinger Colloquium zu Fragen der Friedenssicherung, Abrüstung und Rüstungskontrolle“, das die Evangelische Akademie Tutzing mit Unterstützung der „Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion“ und anderen Institutionen vom 4. bis 7. März veranstaltete. Nach ähnlichen Treffen in den Jahren 1979 und 1982 standen die Tage diesmal unter dem Thema „Dialog – Voraussetzung für Abrüstung und Friedenssicherung“. Zum einen sollten die geschichtlichen und politischen Bedingungen des Friedens in Europa analysiert, zum anderen die Perspektiven für Rüstungskontrolle und Abrüstung anhand zweier Verhandlungsgegen-

stände (Strategische Defensivsysteme, chemische und bakteriologische Waffen) erkundet werden. Dabei bot die Anwesenheit hochrangiger amerikanischer und sowjetischer Vertreter eine gute Voraussetzung für die Arbeit.

Sowjetische Appelle an die Europäer

Zu Beginn sprach Staatsminister *Alois Mertes* über „Europas Verantwortung für den Frieden“. Er warnte vor übertriebenen Erwartungen an die sicherheitspolitische Kooperation zwischen dem Nordatlantischen Bündnis und dem Warschauer Pakt. Auch wenn eine kooperative „Gestaltung“ des Friedens unverzichtbar sei, so müsse eine „abwehrende“ Friedenssicherung doch nach wie vor gewährleistet bleiben.

Für Überraschung sorgte das Grundsatzreferat des sowjetischen Delegationsleiters *Richard I. Kossolapow* (Mitglied des ZK der KPdSU und Chefredakteur der Zeitschrift „Der Kommunist“) deswegen, weil es nachhaltig die *Einheit der europäischen Kultur* beschwor. Es sei eine bedauer-